

An den
Stadtrat der Stadt Landshut

Nr. 727



Stadt Landshut Hauptamt
12. April 2011
Eingang

1.04.2011

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Landshut beantragt beim Freistaat Bayern, das alte JVA-Gelände am Grätzberg dem Studentenwerk Niederbayern-Oberpfalz zur Verfügung zu stellen, um diesen Bereich für ein Studentenwohnheim zu nutzen.

Begründung:

Im letzten Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 04.04.2011 wurde berichtet, dass in Landshut die Errichtung eines weiteren Studentenwohnheims geplant ist. Nachdem die Hochschule Landshut in näherer Zukunft weitere Studiengänge, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens, anbieten wird, ist der Bedarf auch unstreitig gegeben.

Die Hochschule Landshut ist ein großer Vorteil für die Stadt, den es optimal zu nutzen gilt. Andere Städte zeigen, wie insbesondere der Innenstadtbereich von der Belegung durch die Studenten profitiert. Leider ist dies in Landshut bis dato kaum der Fall. Durch die Errichtung des geplanten Studentenwohnheims am ehemaligen JVA-Gelände besteht die einmalige Chance, die Studenten in die Innenstadt zu bringen. Dies ist sowohl für die ansässigen Geschäfte und Lokale als auch für das soziale Leben in der Innenstadt ein Gewinn.

Zudem ist der Standort verkehrstechnisch optimal gelegen. Die Einrichtung einer Schnellbuslinie zur Hochschule bietet sich an und sollte Bestandteil der Planung werden, um die Parkplatznot an der Hochschule zu verringern.

Die zukünftige Nutzung dieses Standorts sollte der Stadt Landshut und dem Freistaat Bayern besonders am Herzen liegen. Die Errichtung eines Studentenwohnheims könnte einher gehen mit der Einrichtung von öffentlichen Grünflächen, die die Wohnqualität dieser Gegend erhöhen. Auch ist dafür Sorge zu tragen, dass dieser exponierte Bereich optisch ansprechend gestaltet wird.

Im Falle der Errichtung des geplanten Studentenwohnheims außerhalb des Einzugsbereichs der Innenstadt besteht die Gefahr, dass die Innenstadt auch zukünftig kein Anziehungspunkt für die Studenten ist. Die Stadt Landshut würde in diesem Fall weiterhin nur sehr beschränkt vom großen Potential als Hochschulstandort profitieren.

Kirstin Sauter